

Die Teppichindustrie ist unser wichtigster Industriezweig. Sie sollte deshalb nicht aussterben, sie sollte woanders angesiedelt werden. Wir wollen eine neue Fabrik erstellen, wo Teppiche nach dem Knüpfen weiterbehandelt werden. Eine Dame, sie ist Generalkonsul in Stuttgart, hat das hier vorgestellt. Damit können wir das Wasserverschmutzungsproblem lösen. Zweitens möchte die erwähnte Dame die Industrie besser verteilen, sie auch in die Dörfer bringen, zusammen mit Bildungseinrichtungen. Drittens ist es sehr lange her, daß es Kinderarbeit in diesem Bereich gab. Gemäß einem neuen Gesetz soll jede Industrie, die Kinder beschäftigt, schwer bestraft werden (die Strafe beträgt 5.000 Rupien, ca. 100 US-Dollar, d.Red.). Industrien sind geschlossen worden aus diesem Grund. Es gibt nur noch wenige Minderjährige in diesem Sektor.

Ich bezweifle Ihre Aussagen. Kennen Sie vielleicht die Studie der Organisation CWIN (Child Workers in Nepal) über Kinderarbeit in der Teppichindustrie. Diese Studie enthüllt, daß 150.000 Kinder in den Fabriken beschäftigt sind. Die Untersuchung ist nicht einmal drei Monate alt.

Also, wenn Sie feststellen, daß irgendwo eine Fabrik ein Kind beschäftigt, dann wird sie sofort geschlossen. Zwei bis drei Besitzer oder Manger sind festgenommen worden deshalb. Ich denke, Sie können nachsehen, ob es noch Kinderarbeit gibt.

Die Politik des Panchayatregimes hat u.a. die Landflucht vom Himalaya ins Kathmandual und anderswohin ausgelöst. Auch die Einrichtung von Nationalparks und 'conservation areas' hat die nepalische Farmerfamilie von lebenswichtigen Ressourcen wie Brennholz, Heilpflanzen und Tierfutter getrennt, um nur einige zu nennen. Ebenso die fehlende Infrastruktur veranlaßte

die Bevölkerung, die Dörfer zu verlassen. Wie gedenkt die demokratisch gewählte Regierung mit diesen Problemen umzugehen?

Dies ist sicherlich ein großes Problem. Die Menschen wandern ins Tera Gebiet, weil es keine guten Schulen für die Kinder, keine ausreichende Gesundheitsvorsorge und keine Industrie dort in den Dörfern gibt. Solange wir da nichts ändern, werden die Menschen weiter fortgehen. Dann das Problem mit den Nationalparks. Den Menschen ist es nicht erlaubt, in den Wald zu gehen (und von ihm zu leben). Deshalb denken wir daran, die Grenzen neu zu demarkieren. An den Grenzen wollen wir dann Wald und Gras anpflanzen (wo z.B. Vieh grasen kann). Ausländische Geber sind bereits daran interessiert, das in Angriff zu nehmen. Ich habe viele Dörfer besucht und mir die Klagen der Bauern angehört. Es muß nun schnell etwas geschehen.

Tanakpur scheint das Hauptproblem nepalischer Politik im Moment zu sein. Es gibt große Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Opposition diesbezüglich. Ist Tanakpur nicht ein Ablenkungsmanöver um damit von anderen wichtigen Problemen, wie z.B. der miserablen Lage der Bevölkerung, abzulenken?

Tanakpur hat davon abgelenkt und Tanakpur ist auch kein Problem, es ist wie ein Sturm im Wasserglas. Ich habe es nicht zum Problem gemacht, sondern die Opposition hat der Regierung unnötige Schwierigkeiten damit bereitet. Wir wollen das Land entwickeln, die Armut bekämpfen, aber unsere Aufmerksamkeit wird immer wieder auf Tanakpur gelenkt. Deshalb wird Tanakpur in der nächsten Session des Parlaments mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden (zu Tanakpur siehe 'Südasiens', 3/93, d.Red.).

"Alles im Griff - bis auf die Lager-Langeweile"

von Ludmilla Tüting

Die ethnische Säuberung, eine vornehme Beschreibung für Vertreibung, geht in Bhutan unvermindert weiter. Auf einer internationalen Konferenz in London suchten kürzlich Wissenschaftler und Journalisten nach Lösungsmöglichkeiten.

Am Himalaya-Königreich Bhutan scheiden sich die Geister. Unvoreingenommene und unparteiische Meinungen scheint es über die angespannte politische Situation (siehe 'Südasiens', 4-5/92, 1-2/93 und 3/93) fast nicht zu geben. Die meisten westlichen Wissenschaftler, Journalisten und Hilfswerke scheinen sich auf die Seite der Regierung zu schlagen. Nepal dagegen unterstützt nahezu geschlossen die rund 120.000 Südbhutanen, die aus Bhutan geflüchtet sind. Kein Wunder, handelt es sich bei ihnen überwiegend um Bhutanen nepalischen Ursprungs. 85.000 von ihnen werden zur Zeit in Flüchtlingslagern in

Südost-Nepal betreut, schätzungsweise 10.000 leben außerhalb der Lager in Nepal, ca. 25.000 sollen sich in Nordost-Indien, vor allem in Westbengalen, Assam und Sikkim aufhalten.

Um die Situation auf neutralem Boden einmal "sachlich zu analysieren und konstruktiv zu diskutieren", veranstaltete die renommierte 'School of Oriental and African Studies' der Universität London Ende März in der britischen Hauptstadt eine internationale, zweitägige Konferenz unter dem Titel "Bhutan - ein traditionelles System und die Kräfte der Veränderung" (A traditional order and the forces of change). Es war offensichtlich die erste Konferenz, die jemals über Bhutan abgehalten wurde.

Zusammengekommen war eine illustre Gesellschaft aus der ganzen Welt, darunter Dr. Michael Aris, Oxford, Ehemann der unter Hausarrest stehenden burmesischen Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, Tibetologe und ehemaliger Hauslehrer des Königs von Bhutan; Dr. Bruce Bunting, Washington D.C., Chef des 'World Wildlife Funds' (WWF); Prof. Wolf Kahlen, Berlin, Künstler,

Architekt und Erforscher des auch in Bhutan tätig gewesenen Universalgenies Thangtong Gyalpo (1385-1464); Prof. Leo Rose, University of California, Autorität für Bhutan und Nepal; Prof. Awadesh Coomar Sinha, North Eastern Hill University, Shillong, Experte der Region und Autor des 1991 erschienenen Buches "Bhutan - Ethnic Identity and National Dilemma" und Kanak Dixit, Kathmandu, Herausgeber des Magazins 'Himal'. Bhutan war offiziell vertreten durch Dasho Jigme Thinley, Secretary, Innenministerium; Karma Ura, National Planning Commission und Kinley Dorje, Herausgeber und Chefredakteur der einzigen Zeitung Bhutans, 'Kuensel'.

Vermißt wurden Vertreter der Flüchtlinge und der Opposition im Exil. Die Regierung von Thimphu hatte eine Teilnahme in London von der strikten Bedingung abhängig gemacht, daß keiner der "Terroristen" anwesend sein dürfe. Wäre diese "Erpressung", wie es einige Anwesende nannten, nicht Folge geleistet worden, hätte auch das Risiko bestanden, daß künftig den teilnehmenden Wissenschaftlern das Visum verwehrt

worden wäre!

Im Nachhinein jedoch zeigte sich, daß diese dreiste Bevormundung auch ihr Gutes hatte. Die Vertreter Thimphus und die sich überwiegend anbietenden Wissenschaftler mußten sich nämlich von namhaften "Nicht-Terroristen" sachlich sagen lassen, daß Bhutan seine Politik unbedingt ändern müsse. Dabei taten sich insbesondere Prof. A.C. Sinha hervor, Shun Chetty, stellvertretender Direktor für Asien und Ozeanien des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR), Genf, sowie die Engländerin Rachel Reyel, die ein halbes Jahr in den Flüchtlingslagern gearbeitet hatte. Außer Chetty, Reyel und dem Journalisten Kanak Dixit kannte niemand der Teilnehmer die Camps aus eigener Anschauung, und doch schienen sie alles zu wissen. Vor allem Shun Chetty las den thimphuhörigen Wissenschaftlern die Leviten und beklagte deren Gefälligkeitsforschung. So stellte er namentlich den Engländer Dr. Brian Shaw aus Hongkong bloß, der mit Angaben über die Flüchtlingslager operierte, die er, wie er öffentlich zugeben mußte, von Thimphu übernommen hatte. Shaw wollte detailliert beweisen, daß die meisten Bewohner der Lager keine Flüchtlinge seien, und beschuldigte außerdem UNHCR und 'Lutheran World Service', die sich um die Flüchtlinge kümmern, der Korruption und unlauteren Vergabe des Flüchtlingsstatus (Shaw läßt sich seit geraumer Zeit in ähnlicher Form international in Leserbriefen aus und ist außerdem Verfasser des einseitigen Bhutan-Kapitels im renommierten Jahrbuch der 'Far Eastern Economic Review').

Auch der "Papst" unter den Experten der Region, Leo Rose, verspielte seine Glaubwürdigkeit. Arrogant und besserwisserisch wischte er jede Kritik an Bhutan vom Tisch, stellte kategorisch klar, daß die Flüchtlinge nicht nach Bhutan zurückkehren könnten, und behauptete, 50 Prozent der Flüchtlinge stammten ohnehin nicht aus Bhutan. Belegen konnte er diese "Feststellung" freilich nicht.

Jigme Thinley vom Innenministerium versuchte ebenfalls, die Zuhörer davon zu überzeugen, daß es sich bei den Flüchtlingen durchweg um illegale Einwanderer handele, deren vermeintlich echten Papiere Fälschungen aus Kalkutta seien. Bhutan sei eine Demokratie. Flüchtlinge gebe es nur wegen der (verlockenden) Flüchtlingslager: "No camps no refugees!" Die Nepalis bezeichnete er allgemein als die "größten und aggressivsten transnationalen Migranten der Region".

Fazit der Konferenz: Das romantische Bild, das von einigen Wissenschaftlern krampfhaft hochgehalten wurde, insbesondere von der französischen Tibetolo-



Bhutan-Flüchtlinge im Jhapa Distrikt in Südnepal (Foto: Ingrid Decker)

gin und Reiseführer-Autorin Françoise Pommaret, erlitt trotzdem heftige Kratzer. Sinnvoll sei es, so Michael Aris, einen Vermittler zu gewinnen, der helfen könnte, eine Lösung zu finden. Unbedingt notwendig sei es auch, in den Lagern sorgfältig zu prüfen, welche Papiere die Südbhutesen vor ihrer Flucht besessen hätten (viele konnten Fotokopien machen lassen, bevor ihnen die Papiere weggenommen wurden).

Die Tageszeitung 'The Rising Nepal' gab am 30. April bekannt, eine Untersuchung der nepalischen Regierung und des UNHCR habe ergeben, daß 97 Prozent der Flüchtlinge Nachweise über ihre bhutanesische Staatsbürgerschaft hätten. Seit Mitte Mai werden neu ankommende Flüchtlinge bereits an der Grenze und nicht erst im Lager überprüft.

Die Situation in den Flüchtlingslagern entwickelt sich langsam zu einem Pulverfaß. Gewalt, Diebstähle, Drogenhandel und Prostitution steigen. Plötzlich verfügt Nepal über neue "Großstädte", die zu einer großen sozialen und ökologischen Belastung für die Bevölkerung werden. Es mehren sich die Stimmen, die bislang offenen Lager einzuzäunen und den Flüchtlingen zu verbieten, Feuerholz zu sammeln. 75 Prozent der Wälder rund um die Camps seien bereits verschwunden, heißt es von offizieller Seite. Doch die in Nepal lebende Schweizer Journalistin Christine Strin-

gelin scheint es besser zu wissen. Sie berichtete kürzlich in 'Partnerschaft', der Zeitschrift des Schweizer Hilfswerkes Helvetas: "Alles im Griff - bis auf die Lager-Langeweile. Ich habe mir Flüchtlingslager anders vorgestellt, trauriger, chaotischer... Überall haben wir den Eindruck, für die Flüchtlinge sei gut gesorgt. Zu gut vielleicht?" (von den 17 Partnerländern, in denen Helvetas arbeitet, weist Bhutan das größte Programmvolumen auf. Partner sind fast ausschließlich staatliche Regierungsstellen).

Die Aktivisten unter den Flüchtlingen, die auf der Konferenz von den Vertretern Thimphus erstmals gelegentlich auch als "Dissidenten" und nicht durchgängig als "Terroristen" bezeichnet wurden, sind momentan sehr resigniert. Gespräche zwischen Nepal und Bhutan kommen wegen Kommunikationsfehlern auf beiden Seiten nicht zustande. Indien weigert sich, seine Schlüsselrolle in der Vermittlung wahrzunehmen, und setzt Nepal unter Druck, das Problem nicht zu internationalisieren. Die Opposition im Exil ist zerstritten und in rund zehn Gruppierungen zersplittert. Im April wurde gar eine neue, dritte Partei gegründet, die 'Bhutan Congress Party' (BCP). Doch solange es den Dissidenten nicht gelingt, gemeinsam für eine Lösung zu kämpfen, stehen die Chancen gleich null.